

An die
Präsiden (Präsident_innen und Vizepräsident_innen)
des Abgeordnetenhauses von Berlin,
der Bremischen Bürgerschaft,
der Hamburger Bürgerschaft,
der Landtage von
Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen Nordrhein-Westfalen,
Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen und des Saarlandes

R E G E N
B O G E N
| | | | |
S T I F T
U N G E N

Zur Einordnung queerfeindlicher Reden im Parlament

Sehr geehrte Präsident_innen und Vizepräsident_innen,

die Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas hat sich in jüngster Zeit besorgt über die Verrohung der Debattenkultur im Parlament geäußert. „Die Sprache ist härter geworden, vor allem diskriminierender. (...) Das hat die Atmosphäre im Bundestag spürbar verändert.“ So zitiert die Tagesschau vom 1. November 2024 aus einem Gespräch der Bundestagspräsidentin mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Nach Ansicht des Generalsekretärs der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Andreas Schulz, handle die AfD nach dem Vorbild der NSDAP im Reichstag der 1920/30er-Jahre. Debatten und einzelne Redner_innen würden „gezielt durch Zwischenrufe, lautstarke Unruhen und Beleidigungen“ behindert, berichtete die Tagesschau weiter.

Die Landesparlamente der Bundesländer sind wichtige Arbeitsorte gelebter Demokratie. Sie sind als Gesetzgebungsorgan unserer föderalen Ordnung zentrale Foren der demokratischen Willensbildung im Ausgleich der vielfältigen Interessen der offenen Gesellschaft. Dabei gehört die kultiviert-kontroverse, auch verbal zugespitzte Diskussion offener Fragen und Herausforderungen zum Klärungs- und Entscheidungsprozess des parlamentarischen Alltags. Sie ist Ausdruck lebendiger Debattenkultur und Qualität, nicht der Schwäche der demokratischen Kultur, die nur von denen verächtlich gemacht wird, die den notwendigen Meinungs austausch abschätzig und ungeduldig als „Streit“ ablehnen.

Als Netzwerk der Regenbogenstiftungen, die sich für die Rechte queerer Menschen engagieren, nehmen wir in den letzten Monaten zunehmend wahr, dass gewählte Abgeordnete den parlamentarischen Raum als Kulisse für menschenfeindliche Stellungnahmen missbrauchen. Diese Wortbeiträge dienen häufig nicht der Darstellung und Herstellung verantwortungsbewusster politischer Entscheidungen, sondern der Einspielung und Verwertung von reißerischen O-Tönen und Bewegtbildern in außer- und unparlamentarischen Medien.

Dabei werden die aus der Geschichte bekannten Denkmuster der Diffamierung und Marginalisierung von insbesondere queeren Menschen als entweder krank oder kriminell (Pathologisierung und Kriminalisierung) genutzt.

Die systematisch betriebene verbale „Aussonderung“ und „Alleinstellung“ von Menschen macht diese verwundbar und zum „leichten Ziel“ von Attacken.

Sicher bewegen Sie diese Beobachtungen auch bei der Frage des Umgangs mit konkreten Fällen „unparlamentarischen“ Redens in Ihrer Sitzungsleitung.

Wir danken Ihnen, wenn Sie dabei aggressiven Angriffen früh und deutlich entgegenreten. Queere Menschen sind in parlamentarischen Debatten vielfach und vermeintlich nicht vertreten und damit wehrlos. Sie zu verhöhnen muss als Akt gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erkannt werden, der unter strenger Anwendung Ihrer parlamentarischen Geschäftsordnung unterbunden und geahndet wird.

Verbale Herabwürdigungen im geschützten parlamentarischen Raum befördern ein Meinungsklima, das zu tätlicher Gewalt im öffentlichen Raum motiviert. Hier werden die staatliche Ordnung und der demokratische Austausch nicht überall so geschützt, wie im Plenum Ihres Parlaments. Wenn Sie sich aktiv gegen verbale Gewalt, Hassrede und Hetze im Parlament stellen, beugen Sie der Eskalation bis hin zu tätlicher Gewalt vor. Sie schützen so auch die Demokratie und Vielfalt der offenen Gesellschaft, auf die unsere Verfassung alle verpflichtet hat.

Gefragt ist der Mut, verbalisierte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht als Problem einer kleinen Gruppe zu sehen, der ich selbst vielleicht gar nicht angehöre, sondern sie als Angriff auf die pluralistische Gesellschaft insgesamt zu begreifen.

Ihr Einschreiten macht den demokratischen Widerspruch zu verbalisierter Menschenverachtung deutlich und beugt so dem fatalen Eindruck vor, die Parlamentsmehrheit würde die Autorität des Sprechenden akzeptieren, den Missbrauch der Meinungsfreiheit als solchen nicht erkennen und die vorgebrachte Herabwürdigung damit mindestens indirekt billigen. Bleibt das Einschreiten aus, ermutigt das möglicherweise dazu, die Grenzen des Erlaubten noch aggressiver auszutesten.

Die öffentliche Debatte muss in einer Welt, die immer komplex und vielfältig war und bleiben wird, jederzeit menschlich fair, intellektuell redlich, also rational geführt werden.

So wie wir alle uns in Verantwortung sehen, den demokratischen Austausch in diesem Verständnis zu pflegen, danken wir Ihnen, wenn Sie sich als Parlamentsspitze und Vorbild in dieser Verantwortung engagieren.

Mit freundlichen Grüßen

Netzwerk Regenbogenstiftungen

Arcus Stiftung · Bundesstiftung Magnus Hirschfeld · Filia. Die Frauenstiftung · Hannchen-Mehrzweck-Stiftung · Hirschfeld-Eddy-Stiftung · Münchner Regenbogen-Stiftung · Prout At Work-Stiftung · Sappho Stiftung · Stiftung Akademie Waldschlösschen · Stiftung „Buntes Leben Stiften“ · Queere Kulturstiftung

<https://regenbogenstiftungen.org>